Abonnementspreis
Inklusive der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben · Wissen · Kunst sowie der Humor- und Jugendzeitung vierteljährlich Bringerlohn 80 Pf. Durch die Reichs-Post bezogen pro Vierteljahr M. 2,75. Unter Streifband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 M., für das übrige Ausland 7 M. pro Vierteljahr.

Redaktion
Zwingerstraße 21, 2 Tr.
Sprechstunde
nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Telephon: Nr. 3455.

Telegramm-Adresse:
„Arbeiterzeitung Dresden."

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Inserate
werden die 5 gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet und bei mehrfach innerhalb 3 Monaten erfolgender Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens halb 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen.

Expedition:
Zwingerstraße 21, part.
Geschäftsstunden von morgens 8 Uhr bis abends 7 Uhr.
Telephon: Nr. 1769.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Nr. 120. | Dresden, Dienstag den 28. Mai 1907. | 18. Jahrg.

Galizische Blutwahlen.

Wien, am 26. Mai 1907.

-th- Am Mittwoch wurde in Przemysl, nachdem der Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten Liebermann verkündet worden, die jubelnde Menge von den Polizisten überfallen und mit blanker Waffe attackiert, gestern schoß eine Gendarmerieabteilung vor dem Wahllokal von Horucko in Ostgalizien vier Bauern zusammen und brachte neun Bauern schwere Verletzungen bei. Wer gemeint hatte, das gleiche Recht werde auch in Galizien eine neue Zeit heraufführen und altvererbter Willkür ein Ziel setzen, der sieht sich nun schmerzlich getäuscht: das Wort „Galizische Wahlen" behält den Blutgeruch, behält den Sinn von behördlichen Untaten, Stimmenkauf und gewaltsamer Unterdrückung, mit dem es sich in den neunziger Jahren der Phantasie eingeprägt hat. Was sich in jenem östlichen Lande abspielt, das ist der zähe, verzweifelte Kampf einer herrschenden Junkerklasse um die Macht. Das gleiche Stimmrecht greift den Schlachtschitzen an die Wurzel ihrer Größe. Sie haben sich bis zum letzten Augenblick mit List und Tücke dagegen gewehrt, und als der Andrang der Arbeiterklasse allen Widerstand vergeblich machte, kein Mittel unversucht gelassen, durch die ausgeklügeltsten Künsteleien die Wirkung des gleichen Rechts in Galizien zu verfälschen. Die Wahlkreise wurden im polnischen Westen kleiner, im ruthenischen Osten gewaltig groß gemacht. Die Städte bekamen das dichteste Stimmrecht, das es in Oesterreich gibt. Auf nahezu 20 000 Köpfe ein Abgeordneter, dieweil im galizischen Osten auf dem Lande ein Vertreter auf 120 000 bis 150 000 Menschen fällt. In den Städten herrscht nämlich durchweg die polnische Verkehrssprache und der starke, oft die Mehrheit ausmachende jüdische Volksbestandteil bildet mit seiner zahlreichen lumpenproletarischen und proletarisch-händlerischen Schicht das fügsamste Material junkerlicher Bestechung und behördlicher Bedrohung. Zuletzt wurde bei Konstruierung des Wahlrechts noch ein Hauptstreich gespielt. Im Osten gehen durch das Land starke polnische Einsprengungen in der ruthenischen Volksmasse. Statt hier nach mährischem Muster den nationalen Kataster einzuführen, um jedem sein Recht zu sichern, nahm man den Umstand zum Anlaß, auf dem ganzen flachen Lande von Galizien Doppelmandate zu schaffen mit einer Majoritäts- und einer Minoritätsvertretung: gewählt ist, wer erstens über die Hälfte und zweitens wer über ein Viertel der Stimmen auf sich vereinigt.

Der Sinn dieses sonderbaren Wahlmodus ist, in den Kreisen, in denen eine polnische Minderheit sitzt, ihr dieselbe Vertretung wie der ruthenischen Mehrheit zu gewähren, und da nun eingesprengte Volksteile von besonders schroffem Nationalismus sind, diesen der Schlachta dienstbar zu machen. Allein keins der Mittel hat ganz seinen Zweck erfüllt. In den Städten zeigt die Judenschaft vielfach Lust, eine eigene Vertretung zu gewinnen; die zionistische und die jüdischnationale Bewegung nimmt vom Ghetto Besitz. Der Mechanismus der Doppelwahlen ist aber zu kompliziert, als daß er richtig funktionieren könnte. Der eine Kandidat über die Hälfte, der andere über ein Viertel der Stimmen: so trifft es natürlich nur selten zusammen. Fällt aber nicht gleich im ersten Wahlgang die Entscheidung, so wird die Wahl wiederholt und bleibt sie, was selbstverständlich die Regel ist, auch jetzt ergebnislos, so muß eine Stichwahl vorgenommen werden. Doch die engere Wahl zwischen zwei Minoritätsvertretern hebt die Minoritätsvertretung selbst auf, da sie der Mehrheit die Entscheidung in die Hand legt. Die Ruthenen haben den Fehler im polnischen Kalkül zu spät erkannt und nur in einzelnen Wahlkreisen ausgenützt, wo denn ein jüdischer oder ruthenischer Zählkandidat gegen den Polen zum Siege gelangte. Bei jeder kommenden Wahl werden sie einfach einen Teil ihrer Mehrheit einem zweiten Kandidaten zuweisen, es in den meisten Fällen zu Stichwahlen treiben und dann mit ihrer Mehrheit auch den zweiten Abgeordneten bestimmen. So wird der Versuch, die polnische Minorität der ruthenischen Majorität gleichzustellen, damit enden, daß die Minorität ohne jede Vertretung bleibt, was schon jetzt vielfach eingetreten ist. Damit aber schwinden gerade die Sitze hin, auf welche die polnische Schlachta gerechnet hat, denn im polnischen Galizien machen sich demokratische Strömungen aller Art in Stadt und Land geltend, die polnische Volkspartei, National- und unabhängige Demokraten tragen die Mandate heim. Selbst im Bunde mit den Klerikalen, dem polnischen Zentrum, wird es den Junkern kaum gelingen, über ein Fünftel der Sitze hinauszukommen. Da gilt es, die direkte durch die indirekte Herrschaft zu ersetzen. Die polnischen bürgerlichen Parteien, der größte Teil der Juden mit eingeschlossen, wird in den „Polenklub" (kolo polskie) eintreten, in dem zwar die bürgerlichen Elemente das Uebergewicht der Zahl, die junkerlichen aber als überlegene politische Taktiker die Leitung inne haben werden.

Voraussetzung des inneren Zusammenhalts und der äußeren Machtstellung dieses Klubs ist aber, daß die Sozialdemokratie möglichst zurückgedrängt wird. Dahin richtet sich denn das ganze Dichten und Trachten der Schlachta und der ihr sklavisch gehorsamen Behörden. Schon bei der Einteilung der Wahlbezirke ließ es der Polenklub seine erste Sorge sein, die Arbeiterschaft durch geschicktes Umteilen auf verschiedene Wahlkreise möglichst unschädlich zu machen. Die proletarischen Vorstädter von Krakau wurden mit vieler Kunst in mehreren Landkreisen untergebracht, ebenso die Arbeiterschaft des Petroleumgebietes. So erklärt sich, daß Daszynski kein Mandat erlangen konnte. Da er durchaus an der Stätte seiner intensivsten Tätigkeit, in Krakau und dessen Umgebung, kandidieren wollte, wurde er sowohl in dem Stadtwahlkreise durch das ganze Aufgebot des Wahlschwindels, als in dem Landwahlkreise, wo er sich um die Minoritätsvertretung bewarb, niedergestimmt. Dennoch ist es den Schlachtschitzen nicht gelungen, die Sozialdemokratie völlig „hinauszuwählen". Abgesehen von den beiden polnischen Sozialdemokraten Reger und Kunitzki, die in Schlesien außerhalb der Einflußsphäre des Polenklubs Mandate errangen, wurden bisher in Galizien selbst noch gewählt: Hudec und Diamand in Lemberg und Dr. Liebermann in Przemysl. Und von den ruthenischen Sozialdemokraten steht Wittig in günstiger Stichwahl. Der Sieg Hudecs war nach der Lage der Dinge überhaupt nicht aufzuhalten, aber alles wurde in Bewegung gesetzt, Diamand und Liebermann niederzuringen. Der Kampf, den Diamand zu bestehen hatte, gibt ein treffliches Bild davon, wie in Galizien Wahlen gemacht werden. Er kandidierte in einem zu 92 Prozent jüdischen, und zwar vorwiegend proletarisch jüdischen Bezirk. Die Schlachta bestimmt nun den alten Wucherer v. Horowitz, dem seine dreißig- bis fünfzigprozentigen Verdienste den Adel und die Würde des jüdischen Kultusvorstandes verschafft haben, dazu, die Gegenkandidatur zu übernehmen. Horowitz überschwemmte den Bezirk mit Geld, die Stimmzettel wurden wie auf einer Börse aufgekauft, zugleich alle jüdischen Kultusinstitute reich bedacht, so daß die Rabbiner und die Leiter der Wohltätigkeitsanstalten mit allem Hochdruck für ihn arbeiteten. Das steigerte sich natürlich zwischen Hauptwahl und Stichwahl zum äußersten. Jetzt griffen auch die Behörden ein. Die amtlichen Stimmzettel wurden den ärmeren und abhängigen Wählern zum Teil schon mit dem Namen Horowitz ausgefüllt übergeben. Gedungene Banden umlagerten das Wahllokal: dies alles trotz des Wahlschutzgesetzes. Dennoch errang Diamand eine Mehrheit von 46 Stimmen, und nicht minder gelang es Liebermann, in Przemysl mit großer Majorität durchzudringen. Hier aber tobte sich die Wut der Behörden nach der Wahl aus. Die Menge veranstaltete zur Feier des Sieges einen Aufzug, an dessen Spitze 50 Lampionträger gingen. Plötzlich stürzte sich in einer engen Gasse eine starke Polizeikolonne auf die friedlich demonstrierenden Arbeiter und machte, ohne vorher zum Auseinandergehen aufzufordern, von der blanken Waffe Gebrauch. Gleichzeitig wurden auf Anordnung der Polizei die elektrischen Bogenlampen ausgeschaltet, die Straßen lagen im Dunkel. Die Polizisten hieben wie rasend auf die auseinanderstiebende Menge ein, verfolgten einzelne bis ins Haus. Eine Frau namens Spay wurde in ihrer Wohnung verwundet. Im ganzen wurden aber gegen 200 Menschen verletzt, davon vierzig schwer, eine Frau erlag noch an demselben Tage ihren Verwundungen. Die „allpolnische" Stadtverwaltung hatte tagsüber ihre Polizisten mit Schnaps freigehalten und machte nun ihre Drohung, es werde Blut fließen, wenn in der „kaiserlichen Festung" und am Sitz dreier Bischöfe ein Sozialdemokrat gewählt werden sollte, in furchtbarer Weise wahr.

So geht es in den Städten zu; man mag sich leicht vorstellen, was nun gar auf dem flachen Lande und unter den gedrückten ruthenischen Bauern dem behördlichen Uebermute möglich ist. In einem vorwiegend jüdischen Kleinstädtchen sagte der Bezirkshauptmann zu dem Kultusvorsteher: „Für unseren Kandidaten könnt Ihr nicht stimmen, weil er ein Antisemit ist, für Eueren Kandidaten laß ich Euch nicht stimmen, also werde ich Euch überhaupt keine Wahllegitimationen geben." Doch auch das sind noch sanfte Mittel. Man begnügt sich nicht damit, verdächtigen Wählern die Wahldokumente vorzuenthalten, gegen die Bauern alle Druckmittel zu verwenden, es wird am Wahltage unmittelbar Gewalt, an der Wahlurne unmittelbar Betrug ausgeübt. Man höre folgende Geschichte, die der ruthenische Genosse Dr. Jarossewytsch, der von 1897 bis 1900 Abgeordneter war und jetzt in Wien als Arzt lebt, vor die Oeffentlichkeit bringt: Jarossewytsch kandidierte in Buczacz. In der Gemeinde Cygani verkündete nach dem Skrutinium der Kommissar, Jarossewytsch habe 102 Stimmen erhalten. Als die Bauern dies vernahmen, liefen 206 Mann sofort herbei und erklärten dem Kommissar, alle 206 wollten beim Kruzifix beschwören, daß sie für Jarossewytsch gestimmt hätten; wo denn ihre Stimmen hingekommen seien? Der Kommissar wurde betreten und erklärte beruhigend: Ja, ja, ich habe mich geirrt, es wurden 206 Stimmen für Jarossewytsch abgegeben. Aber an die Wahlkommission des Hauptwahlortes meldete er gleichwohl, daß bloß 102 Stimmen abgegeben seien. In ähnlicher Weise ging man in anderen Orten vor. Es wurden dem sozialdemokratischen Kandidaten an die 600 Stimmen einfach aus der Urne gestohlen, so viel als nötig wären, seine Wahl zu vereiteln. In Tlumacz, gleichfalls in Jarossewytschs Wahlkreise, hatte man im Wahllokal selbst eine „Bürgergarde" organisiert, die jeden herankommenden Wähler zunächst ins Nebenzimmer zog, wo der Bürgermeister selbst den Bauern zuredete, für den Regierungskandidaten zu stimmen. Fand sich einer dazu nicht bereit, so wurde er unter allerlei Vorwänden von der Kommission zurückgewiesen. Das geschah an diesem einen Orte 200 Bauern.

Die blutigen Vorgänge in Horucko haben genau dieselbe Vorgeschichte, wie wir sie hier aus dem Wahlkreise von Jarossewytsch erzählt haben. In dem Wahlkreise Stryj, zu dem Horucko gehört, ließ die Behörde alle Künste gegen den altruthenischen Kandidaten Dawydiak spielen. Als der Erzpriester Skobjelski, der Präsident der Wahlkommission in Horucko gewesen, abends das Stimmenergebnis verkündete, entstand unter der Menge, die vor dem Wahllokal versammelt war, eine furchtbare Aufregung. Die Bauern konnten feststellen, daß ihrem Kandidaten Dawydiak mehr als 1000 Stimmen abhanden gekommen waren. Sie verlangten, man möge ihnen die Stimmzettel zurückgeben. Es sollte noch einmal gewählt, aber diesmal auch ehrlich gezählt werden. Als die Wahlkommission dies ablehnte, die Menge d. h. die Gendarmen brutal abdrängen ließ, bemächtigte sich der Bauern Wut und Verzweiflung. Sie suchten das Wahllokal zu stürmen. Bekanntlich steht auf Steinwürfe in Galizien die Todesstrafe. Rasch wurden zwei Salven auf die Menge abgegeben, vier Bauern fielen, neun wurden schwer verwundet. Sie sind nun endgültig als unbequeme Wähler ausgeschaltet. Es unterliegt nach allen diesen Vorgängen keinem Zweifel, daß gut die Hälfte aller ländlichen und reichlich ein Drittel aller städtischen Mandate, die den Parteien des Polenklubs zugefallen sind, nur durch Schwindel und Mißbrauch der Amtsgewalt erworben wurden. Fragt man aber, wie die Wiener Regierung bei solcher offenen Gesetzesverhöhnung ruhig zusehen kann, da sie doch täglich mit telegraphischen Hilferufen aus allen Teilen Galiziens bestürmt wird, so ist zu erwidern, daß noch immer gilt, was seinerzeit der gewesene Ministerpräsident Graf Thun in einem ähnlichen Falle erklärt hatte: „In Galizien hat ein österreichischer Minister nicht viel zu sagen." In der Tat ist es das Wahrscheinlichste, daß der Statthalter die empfangenen Weisungen überhaupt an die Bezirkshauptleute nicht weiterleitet. Er fühlt sich nicht als Vertreter des Staates, sondern als Beauftragter der den Landtag beherrschenden Schlachta. Diese aber wird ihre Sitten kaum ändern, bevor sie nicht dieselben Lehren empfängt, die ihren russischen und rumänischen Standesgenossen von verzweifelten Bauern beigebracht wurden.

Politische Uebersicht.

Die englische Gegenvisite.

In Bremerhaven traf am Montag eine Schar englischer Journalisten ein. Sie wollen Berlin und einige andere deutsche Städte besuchen, um den Besuch zu erwidern, der ihnen von ihren deutschen Kollegen im vorigen Jahre gemacht worden ist. Zugleich sollen sie mit ihrer Reise den Zweck verfolgen, deutsche Verhältnisse kennen zu lernen und aus gegenseitigem Sichverstehen die Grundlage einer künftigen Freundschaft zu schaffen, welche die britische Nation mit der deutschen Nation verbinden soll.

Daß Unkenntnis zu den wichtigsten Ursachen des Völkerhasses gehört, hat schon Thomas Buckle, der Geschichtsschreiber der Zivilisation in England, erkannt. Ob sich aber solche Unkenntnis, wo sie wirklich vorhanden ist, mit Hilfe eines Eilzugsbillets und einiger Festmähler beheben läßt, darüber dürfte das nüchterne Zuschauerpublikum mit den leicht begeisterten Tafelrednern verschiedener Meinung sein. Ja, es besteht die Gefahr, daß die Engländer, wofern sie keine scharfen Augen und keine guten Ohren haben sollten, nach ihrer deutschen Spritzour mehr Irrtümer über Deutschland nach England zurücktragen könnten, als sie auf der Herfahrt nach Deutschland mitgenommen hatten. Denn das deutsche Phrasenland, durch das sie von ihren bürgerlichen Wegweisern geführt werden, steht voll Potemkinscher Dörfer.

Zunächst wäre es schon ein Irrtum, wenn die englischen Journalisten glauben wollten, sie kämen wirklich zu Kollegen, d. h. zu Leuten, die hierzulande dieselbe Stellung einnehmen wie sie selbst in ihrem Vaterlande. In England wie in Amerika ist die Presse wirklich eine regierende Macht, in Deutschland aber ist sie, soweit die bürgerliche Presse in Betracht kommt, und um sie handelt es sich hier ausschließlich, eine regierte. Und der Journalist, der drüben, nicht immer aber oft, eine ausgeprägte politische Persönlichkeit und eine in der Gesellschaft angesehene Erscheinung ist, ist hier zumeist ein rückgratloser Bediener der Regierung und der Bureaukratie.

In England ist der gesellschaftliche Verkehr zwischen politischen Gegnern im allgemeinen höflicher als bei uns. Aber das wäre in England ganz unmöglich, daß sich ein konservativ-agrarischer Ministerpräsident liberaler Journalisten als seiner Leibschmöcke bedienen könnte. Denn in England fühlt sich der Redakteur neben dem Regierungsmann als selbständige Ziffer in der politischen Rechnung des Landes, während in Deutschland Leute wie Herr Bachmann von der „Volksstimme" und schon gar Herr August Stein von der Frankfurter Zeitung (um nur zwei ganz „Hervorragende" aus der Sippe zu nennen) glücklich sind, sich als untertänige Nullen an die durchlauchtige Eins hängen zu dürfen, die der alleingebietende Wille des Kaisers vorn an die schwarze Tafel der deutschen Kinderstube geschrieben hat.

So wenig es nun deutsche Journalisten von Art und Stellung der englischen gibt, so wenig gibt es eine deutsche Nation in dem Sinne, wie es eine englische Nation gibt. In England herrscht als „Nation" das Bürgertum durch Presse und Parlament, es bestimmt den Gang der innern wie der auswärtigen Politik. Wenn die englische Nation

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19070528/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG